



**Geschäftsführung
Runder Tisch für Flüchtlingsfragen**

Frau Arikan

Telefon: (0221) 29725

E-Mail: Neslihan.Arikan@STADT-KOELN.DE

Datum: 04.02.2021

Niederschrift

über die Sitzung **Runder Tisch für Flüchtlingsfragen** in der Wahlperiode 2020/2025
am Freitag, dem 27.11.2020, 11:00 Uhr bis 14:00 Uhr über Videokonferenz

Anwesend waren:

Teilnehmer/Teilnehmerinnen:

Herr Krücker
Frau Haseleu

1. Sprecher Katholikenausschuss
2. Sprecherin Ev. Kirchenverband Köln und Region

Herr Erkelenz
Frau Heuser
Frau Hoyer
Herr Detjen
Herr Abeke
Herr Uellenberg
van Dawen

CDU Fraktion
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
FDP- Fraktion
Fraktion Die Linke
Integrationsrat

Runder Tisch für Integration

Frau Kuntze
Frau Bosbach
Herr Pröls
Herr Adrian
Frau Arndt
Herr Borst

Caritasverband Köln
DRK
Kölner Flüchtlingsrat
Willkommensinitiativen in Köln
Willkommensinitiativen/AK Politik
Polizeipräsidium Köln

Herr Oster
Herr Taschenmacher
Herr Ludwig
Frau Kremer-Buttkereit
Frau Willms

Amt für Integration und Vielfalt
Amt für Soziales und Senioren
Amt für Wohnungswesen
Amt für Integration und Vielfalt
Ausländeramt

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Kühn
Frau Markgraf
Herr Naumann

Synagogen-Gemeinde Köln
Rom e. V.
DPWV Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Tagesordnung und Verabschiedung des Protokolls Protokoll der 77. Sitzung vom 28.09.2020

Die Niederschrift der 77. Sitzung des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen wird genehmigt.

Herr Pröll fragt nach, wie der aktuelle Stand zu der zugesagten Errichtung der Arbeitsgruppe „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in Köln“ sei.

Herr Ludwig informiert, dass für den Teilnehmerkreis ursprünglich auch die sozialpolitischen Sprecher der Fraktionen vorgesehen waren. Daher seien die Kommunalwahlen abgewartet worden.

Aktuell stelle sich die Frage, ob eine Arbeitsgruppe mit allen sozialpolitischen Sprecher*innen der Fraktionen arbeitsfähig und zielführend wäre.

Aufgrund vorhandener Bedenken schlagen Herr Ludwig und Herr Oster vor, den Teilnehmerkreis der Arbeitsgruppe auf Mitglieder des Runden Tisches, die nicht den Fraktionen angehören, und wenige Mitglieder der Verwaltung zu beschränken. Die Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe werden zur Beratung in den Runden Tisch und die politischen Gremien eingebracht werden, so dass die Beteiligung der Politik auf diesem Wege sicher gestellt ist.

Herr Krücker regt an, weitere Wortmeldungen zu diesem Thema im nächsten TOP vorzusehen.

Herr Jochen Borst, Leiter der Kriminalinspektion Rhein, wird als neuer Vertreter des Polizeipräsidiums für den Runden Tisch angekündigt. Des Weiteren wird Frau Nikolay Markgraf als neue Vertreterin für den Rom e.V. am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen teilnehmen.

Nachträglich zugesetzter TOP:

Errichtung einer Arbeitsgruppe „Leitlinien zur Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten in Köln“

Herr Krücker fragt in die Runde der sozialpolitischen Sprecher, wie sie den Vorschlag von Herrn Ludwig beurteilen.

Herr Erkelenz teilt die Bedenken von Herrn Ludwig und stimmt dem Vorschlag zu. Man müsse dennoch überlegen, wie langfristig mit einem Vertreter der AfD umzugehen sei.

Herr Detjen ist der Meinung, dass man den Ratsbeschluss zu den Mitgliedern des Runden Tisches um die Fraktion VOLT erweitern solle. Man könne an dem alten Verfahren u. a. über die Gemeindeordnung ansetzen.

Frau Heuser schließt sich Herrn Detjen an und betont, dass die Teilnehmerzahl des RuTiFf ohnehin begrenzt sei, insofern könne man sich darauf berufen.

Frau Hoyer weist auf das Problem hin, dass bei diesem Verfahren die Fraktion VOLT ebenso ausgeschlossen werden müsse. Es sei im konkreten Fall eine guter Vorschlag, die Arbeitsgruppe ohne Beteiligung der sozialpolitischen Sprecher*innen einzurichten.

Herr Abeke habe ebenso Bedenken, dass die Teilnahme der AfD Fraktion einer konstruktiven Zusammenarbeit im Wege stehen würde und unterstützt den Vorschlag der Verwaltung.

Herr Krücker schlägt vor, in einem Sondertermin im Dezember mit Herrn Oster und Herrn Ludwig die vorgeschlagenen Verfahren zu bewerten, um eine Entscheidung zu treffen.

2 Situation der Geflüchteten in den städtischen Einrichtungen während der Corona-Pandemie

Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

Herr Ludwig informiert, dass zum Stichtag 27. November 2020 insgesamt 16 Objekte von dem Coronavirus betroffen seien, davon stünden 2 Objekte unter Quarantäne.

Hotspots seien unzweifelhaft Unterkünfte für alleinreisende Männer. Insgesamt gebe es 16 Erkrankte in den Einrichtungen. In dem Zeitraum vom 01.04 – 30.09 seien 1090 Tests in den Unterkünften durchgeführt worden, davon seien 30 Tests positiv gewesen. Vom 01.10 – 25.11 seien 896 Tests mit 133 positiven Ergebnissen durchgeführt worden. Der Inzidenzwert in den Unterkünften sei weitgehend dem Inzidenzwert der Gesamtbevölkerung gleichzusetzen. Mittlerweile gebe es drei Quarantänestandorte mit ausreichenden Kapazitäten. Zum Besuchsverbot habe der Krisenstab auf Empfehlung des Wohnungsamtes hin ein Verbot bis zum 30.11. in den Unterkünften beschlossen. Einige Ausnahmen seien unter der Bedingung eines Schnelltests für bspw. die Ombudsstelle, Träger und besondere Einzelfälle vorgesehen.

Ab dem 01.12. soll das Besuchsverbot bis Mitte Januar verlängert werden - mit Ausnahme abgeschlossener Wohneinheiten über die Weihnachtszeit. Außerschulische Bildungsangebote sollen schnellstmöglich wieder zugelassen werden.

Herr Pröbß merkt an, dass für allgemeine Quarantäneanordnungen eine vorherige Ermittlungspflicht vorgesehen sei. Hierbei müsse man die mildesten Maßnahmen abwägen. Die Ergebnisse einer solchen Ermittlung seien den Geflüchteten sowie den Beratungsstellen allerdings nicht zugänglich.

Herr Pröbß bittet um eine Information, ob das Gesundheitsamt die Ermittlungspflicht gestaltet und ob eine Abwägung der Maßnahmen stattfindet.

Weiterhin fragt Herr Pröbß nach, wie viele Personen bislang von den Quarantäneanordnungen betroffen sind und wie vor dem Hintergrund der Allgemeinverfügung die Vermittlung erfolgt, so dass bspw. Arbeitgeber rechtzeitig informiert werden können.

Herr Ludwig informiert, dass das Thema der Allgemeinverfügung in der Zuständigkeit des Gesundheitsamtes liege. Es würden erst die Testungen über die Ausbreitung des Virus abgewartet, bevor eine Allgemeinverfügung erteilt werde.

Herr Ludwig sagt zu, die Anzahl der von den Quarantäneanordnungen betroffenen Personen zum Protokoll nachzureichen.

[Eine Übersicht über die Anzahl der Geflüchteten, die bislang von Quarantäneanordnungen betroffen waren, ist dem Protokoll beigelegt. In der Übersicht wird unterschieden zwischen Geflüchteten in abgeschlossenen und nicht abgeschlossenen Unterbringungseinheiten bzw. den Geflüchteten in der Notaufnahme in der Herkulesstraße. Darüber hinaus wird eine zeitliche Trennung für die sogenannte erste Welle und die zweite Welle vorgenommen.]

Anzumerken ist noch, dass die betroffenen Personen je Welle nur einmal gezählt wurden, auch wenn ein einzelner Standort beispielsweise mehrfach von einer Allgemeinverfügung betroffen war. Dies trifft im Zeitraum der ersten Welle jedoch nur auf die Notaufnahme in der Herkulesstraße zu. In der zweiten Welle waren zwei andere Standorte jeweils zweifach von einer Allgemeinverfügung betroffen. Waren Personen in beiden Wellen betroffen, so wurden sie auch zweimal gezählt. Hierbei kann es sich aber nur um Einzelfälle handeln, wenn beispielsweise eine Verlegung/Umzug von Personen von einem Standort zu einem anderen Standort erfolgte, die jeweils von einer Allgemeinverfügung betroffen waren.]

Frau Heuser fragt, ob die von Prof. Thomas Münch erstellten Informationsblätter zu den Corona - Schutzmaßnahmen im Bereich der Geflüchtetenunterbringung verwendet wurden.

Herr Ludwig bittet Frau Heuser, seinem Amt das Infomaterial zwecks Abgleich zukommen zu lassen.

Die AK Politik schlägt vor, einen Krisenstab einzurichten, wenn eine Einrichtung in Quarantäne verordnet wird, damit man angemessen und zeitnah die Ernährungssituation in den Einrichtungen organisieren könne.

Frau Bosbach informiert, dass in Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt eine ausführliche Liste mit Grundnahrungsmitteln für die Bewohner zusammengestellt worden sei. Ein Grundausstattungspaket mit Ergänzungsmöglichkeiten sei bereits vorhanden.

Die Liste wird dem Protokoll angehängt.

Auf Nachfrage von Frau Arndt zu den Hygienemaßnahmen wird informiert, dass die festgelegten Standards in Zusammenarbeit mit dem Wohnungs- und Gesundheitsamt umgesetzt werden.

3 Bericht über die Situation Geflüchteter in Köln Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

Herr Ludwig informiert, dass der 30. Bericht über die Situation Geflüchteter in Köln im Januar zur Verfügung stehen werde.

Zum Stichtag 30.09. seien 6505 Geflüchtete in den Unterkünften untergebracht. Am 15.11. belaufe sich die Anzahl mit abnehmender Tendenz auf 6390 Personen.

Zum Stichtag 15.11. seien 470 Menschen in Beherbergungsbetrieben untergebracht. 83 % der Unterbringung sei bereits in abgeschlossene Wohneinheiten erfolgt.

Zum Thema Internetversorgung informiert Herr Ludwig, dass seit dem letzten Runden Tisch die Bandbreite an vier Standorten erhöht worden sei. Für vier weitere Standorte liege mittlerweile ein Angebot von Netcologne vor. Insgesamt 17 Standorte seien derzeit in Bearbeitung.

4 Aktuelle Situation der Wohnanlage an Sankt Pantaleon Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln, Herr Ludwig

Herr Ludwig informiert, dass die Aachener Siedlungsgesellschaft den Mietvertrag mit der Stadt Köln fristgerecht zum 28.01.21 gekündigt habe.

An St. Pantaleon seien Familien im Rahmen eines Frauenprojekts des Sozialdienstes Katholischer Frauen untergebracht, die nach Köln-Lindenthal in die Unterkunft Schlehdornweg verlegt werden sollen.

Für alle anderen Bewohner*innen habe die Aachener Siedlungsgesellschaft Ersatzwohnraum geschaffen. Herr Ludwig informiert, dass evtl. nicht verlegte Bewohner*innen in den städtischen Systemen untergebracht werden.

Frau Heuser merkt an, dass die Aachener Siedlungsgesellschaft bereits von Anfang an eine Befristung dieser Unterbringungsform anvisiert hätte, da vorrangig die Realisierung vom „Gemischten Wohnen“ geplant sei. Die Aachener Siedlungsgesellschaft sei damals eingesprungen, weil dringend Unterbringungsplätze benötigt wurden.

Herr Krücker merkt an, dass aus seiner Sicht nicht ersichtlich sei, warum die Aachener Siedlungsgesellschaft das Mietverhältnis gekündigt habe. Wichtig sei aber jetzt, dass die Aachener Siedlungsgesellschaft im Zuge der Auflösung der Unterkunft sehr darum bemüht ist, die Familien, die derzeit dort wohnen, mit anderem Wohnraum zu versorgen.

Auf Anfrage von Frau Arndt, ob die AK Politik das Thema nochmal angehen sollte, informieren Herr Krücker und Herr Ludwig, dass bereits eine stadtgesellschaftliche Diskussion zu diesem Punkt stattgefunden habe. Der Entscheidungsprozess sei bei der Aachener Siedlungsgesellschaft bereits abgeschlossen.

5 Kürzung der Landesförderung „Soziale Beratung von Geflüchteten“ Amt für Integration und Vielfalt, Frau Kremer-Buttkereit7

Frau Kremer-Buttkereit informiert, dass das Land seine Richtlinie zur „Förderung sozialer Beratung von Geflüchteten“ geändert habe. Die Richtlinie gelte ab dem 01.01.21 – 31.12.2024. Neu sei, dass es eine geringere Personalkostenerstattung für fast alle unterschiedlichen Bausteine zur sozialen Flüchtlingsberatung geben werde. Betroffen seien 6 Träger in Köln. Aktuell gebe es eine Differenz von 224.000 EUR pro Jahr, die nicht mehr nach Köln an die Träger fließen.

Der Flüchtlingsrat ergänzt, dass die Defizite, die durch die Kürzung entstehen, entweder aus Spendenmitteln oder durch Drittmittel gedeckt werden müssen, wobei die Kompatibilität von Drittmitteln ein Problem sei. Herr Pröiß regt an, bei haushaltspolitischen Entscheidungen die schwierige Situation der Träger in diesem Jahr und in den Folgejahren zu beachten.

Zu der Anregung von Herrn Krücker, als Runder Tisch dazu ein Schreiben an das Ministerium zu richten, wird ein Konsens hergestellt.

Eine Übersicht über die finanziellen Auswirkungen auf Köln wird den Mitgliedern des Runden Tisches zur Verfügung gestellt werden.

6 Presseerklärung zur Aufnahme von Geflüchteten aus Moria Evangelischer Kirchenverband Köln und Region, Frau Haseleu

Frau Haseleu informiert, dass der gemeinsame Brief der Kirchen, der Wohlfahrtsverbände, des Flüchtlingsrats und des Runden Tisches für Integration an Herrn Laschet als Pressemitteilung für den Runden Tisch für Flüchtlingsfragen umformuliert wurde.

Frau Heuser merkt an, dass zu den Geflüchteten, die im Balkan zwischen den Grenzen gefangen seien und keinen Schritt vorwärts kommen, ebenso Stellung bezogen werden müsse.

Herr Uellenberg van Dawen regt an, in der nächsten Sitzung die Problematik des legalen Zugangs an den europäischen Außengrenzen zu thematisieren.

Herr Krücker merkt zusammenfassend an, dass es in der Einleitung des Briefes eine kurze Erweiterung im Hinblick auf die Außengrenzen der EU und auch der Kanaren geben werde.

Das Thema zu den Außengrenzen der EU wird in den Themenspeicher aufgenommen und in der nächsten Sitzung nochmal aufgerufen.

7 Bekanntgabe der Sitzungstermine für 2021

Als Sitzungstermine werden festgelegt:

26.02.20 – 11 Uhr
28.05.20 – 11 Uhr
24.09.20 – 11 Uhr
26.11.20 – 11 Uhr

Zwischenzeitlich mussten einige Sitzungstermine angepasst werden:

26.02.2021 11:00 – 14:00 Uhr
28.05.2021 11:00 – 14:00 Uhr
08.10.2021 11:00 – 14:00 Uhr
19.11.2021 11:00 – 14:00 Uhr

8 Verschiedenes

Herr Krücker verabschiedet Frau Domke als Vertreterin der Diakonie am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und bedankt sich für die langjährige Mitwirkung am Runden Tisch für Flüchtlingsfragen und wünscht alles Gute für den Ruhestand.